

Immense Herausforderungen

Kommissionsstudie zu den Auswirkungen der Alterung auf die Ausgabenentwicklung in den sozialen Sicherungssystemen

Am 13. Februar hat die Europäische Kommission eine Studie zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Ausgabenentwicklung in den sozialen Sicherungssystemen vorgestellt.

Nach den Ergebnissen der Studie stellt der demographische Wandel Europa in den kommenden Jahrzehnten vor immense Herausforderungen: die öffentlichen Ausgaben der meisten Mitgliedstaaten werden sich durch steigende Renten-, Gesundheits- und Pflegekosten bis 2050 erheblich erhöhen.

Viele Mitgliedstaaten haben auf die Vorhersagen schon reagiert und zum Beispiel Vorruhestandsregelungen eingeschränkt und Rentenreformen eingeführt. Die Maßnahmen sind jedoch noch längst nicht ausreichend. Werden weitere Anstrengungen nicht innerhalb eines relativ kurzen Zeitfensters unternommen, so werden viele EU-Mitgliedstaaten künftig schlichtweg nicht mehr in der Lage sein, die Kosten ihrer sozialen Sicherungssysteme zu schultern.

Im Hinblick auf die demografische Entwicklung wird sich die Bevölkerung Europas bis zum Jahr 2050 zwar nur geringfügig verringern, gleichzeitig jedoch erheblich altern. Die Berechnungen gehen hier von einem Rückgang der Gesamtbevölkerung in den 25 Mitgliedstaaten ab dem Jahr 2010 von 457 Millionen auf 454 Millionen aus.

Entscheidend ist allerdings der Blick auf die Erwerbsbevölkerung: so wird die Zahl der 15- bis 64-Jährigen bis zum Jahr 2050 um 48 Millionen (bzw. 16%) zurückgehen. Die Zahl der über 65-Jährigen wird dagegen dramatisch um 58 Millionen (bzw. 77%) steigen. Wenn die Baby-Boom-Generation ab 2010 in den Ruhestand tritt, werden angesichts der weiter steigenden Lebenserwartung im Jahr 2050 auf jeden europäischen Rentner nicht mehr vier, sondern nur noch zwei Erwerbstätige kommen.

Auswirkungen hat diese Entwicklung zunächst einmal auf den Arbeitsmarkt, wo es kurzfristig zu positiven Veränderungen kommt: die Beschäftigungsquote wird von 63% im Jahr 2003 auf voraussichtlich 67% im Jahr 2010 steigen. Dieser Trend wird sich bis 2017 fortsetzen; danach werden die nachteiligen Auswirkungen des demografischen Wandels die positiven Effekte jedoch wieder ausgleichen; bis zum Jahr 2050 wird die Zahl der Beschäftigten um fast 30 Millionen abnehmen.

Aufgrund der zu erwartenden Alterung der Bevölkerung werden sich die öffentlichen Ausgaben erheblich erhöhen, wobei es hier deutliche Unterschiede zwischen den Ländern gibt. In der EU insgesamt dürften die öffentlichen Ausgaben von 2005 bis 2050 um rund 4 % steigen.

In den Mitgliedstaaten des Eurogebiets wird dieser Ausgabendruck dabei etwas höher sein. Beispiele sind die Rentenausgaben in Portugal (+9,7 % des BIP im Zeitraum 2005 bis 2050), Luxemburg (+7,4 %) und Spanien (+7 %). Auch Irland (+6,5 %) und Belgien (+5,1 %) werden erheblich mehr für Renten aufwenden müssen. In Deutschland ist mit einer Erhöhung um 1,7% bis zum Jahr 2050 zu rechnen.

Relativ geringe Anstiege sind in Italien und Schweden zu erwarten, da hier die Renten auf Grundlage der tatsächlichen Teilnahme am Erwerbsleben berechnet werden. Österreich kann - infolge der im Jahr 2000 durchgeführten Reformen - sogar mit einem Rückgang seiner Rentenlast rechnen.

Die erstmals einbezogenen neuen Mitgliedstaaten scheinen auf den ersten Blick in einer etwas besseren Lage zu sein: hier beträgt die Steigerung der altersbedingten öffentlichen Ausgaben insgesamt lediglich 1,5%. Doch das Gesamtbild trügt, da es durch den drastischen Rückgang der öffentlichen Rentenausgaben in Polen verzerrt wird, der auf die Umstellung von einem staatlichen auf ein privat finanziertes System zurückzuführen ist.

Nimmt man Polen aus, dürften sich die alterungsbedingten Ausgaben in den übrigen neuen Mitgliedstaaten um über fünf BIP-Prozentpunkte erhöhen. Mit einem sehr steilen Anstieg der

Rentenausgaben ist bis 2050 in Ungarn (+6,7 % des BIP), Slowenien (7,3 %) und Zypern (12,9 %) zu rechnen.

Bei der Interpretation der langfristigen Folgen des demografischen Wandels ist allerdings auch eine gewisse Vorsicht geboten: je weiter die Vorhersagen in die Zukunft reichen, umso größer ist auch der Unsicherheitsfaktor.

Dies gilt besonders für die Gesundheitsausgaben. Vorhersagen in diesem Bereich sind sehr komplex, da es an vergleichbaren Daten mangelt und sich die Unterschiede in den Gesundheitssystemen bei den Berechnungen im Rahmen einer länderübergreifenden Studie nicht ausreichend berücksichtigen lassen. Nach vorsichtigen Einschätzungen werden die Gesundheitsausgaben in den meisten Mitgliedstaaten bis 2050 zwischen 1,5 und 2 % des BIPs ansteigen: In Deutschland ist mit einer Steigerung von 1,2% zu rechnen, im Frankreich beläuft sich die Steigerung auf 1,8%, in Irland auf 2,0%, in Großbritannien sind es 1,9%, in Österreich 1,6% und in Spanien 2,2%.

Obwohl das Alter selbst nicht der auslösende Faktor für Gesundheitsausgaben ist, sondern der Gesundheitszustand einer Person, zeigen die Berechnungen, dass die bloßen Auswirkungen der Alterung die öffentlichen Haushalte unter Druck bringen würden.

Die Ausgaben für die Langzeitpflege werden voraussichtlich zwischen 0,5 und 1,8% des BIP im Zeitraum 2004 bis 2050 ansteigen. In Deutschland und Belgien steigen die Kosten um voraussichtlich 1,0%, in Schweden um 1,7%, in Finnland um 1,8%, in die Niederlande um 0,6%, in Österreich um 0,9% und in Großbritannien um 0,8%. Der Bedarf an Pflegediensten wird sich dabei bis 2050 fast verdoppeln.

Hier sind politische Maßnahmen gefragt, die helfen, die Nachfrage nach Pflegediensten zu mindern. Die Verbesserung des Gesundheitszustand älterer Menschen bzw. Maßnahmen, die die ambulante Pflege gegenüber der stationären Pflege fördern, könnten die öffentlichen Ausgaben entscheidend beeinflussen.

Im Bereich Gesundheit und Langzeitpflege können außerdem Anreize für Angehörige der medizinischen Berufe und Patienten, Gesundheitsdienste in effizienter Weise in Anspruch zu nehmen, langfristig die Kosten senken.

KU Gesundheitsmanagement, 07/2006

Sandra Barghoorn, *BFS Europa-Service, Büro Brüssel.*